

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Notationsdruck und Verlag der Größten
Universitäts- und Steinbruderei.
R. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schul-
straße 7. Expedition und Verlag: 51.
Redaktion: 112. Tel.-Nr. Anzeiger-Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

196. Sitzung, Mittwoch, den 21. Januar.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück, Caspar.

Präsident Dr. Kappeler eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Der Abg. v. Liebert (Np.) hat sein Mandat niedergelegt.

Der Etat für das Reichsamt des Innern.

(Zweiter Tag.)

Abg. Weiland (Np.):

Ich habe namens meiner politischen Freunde folgende Erklärung abgegeben: Wir erkennen gerne an, daß der Staatssekretär gegen das bisherige System unserer Wirtschaftspolitik einschließlich der unternehmenden des geschützten Eintrags der Einfuhrzölle in durchaus zureichenden Darlegungen vertritt und daß sich namens der Reichsleitung zu dem Schutz der nationalen Arbeit bekann, der unbedingt in vollem Umfang aufrechterhalten werden muß. Hierbei wird er immer unsere volle Unterstützung haben. Wir hoffen, daß die Regierung auch auf dem Gebiet des Seidenhandels unbedrückt an den bisherigen Maßnahmen festhalten wird.

Der Staatssekretär hat aber auch gesagt, daß sowohl hinsichtlich des Zolltarifs wie der Handelsverträge Verbesserungen möglich seien, die aus der fortwährenden wirtschaftlichen Entwicklung ergeben, auch könnte eine Ergänzung des Zolltarifs in Frage kommen. Auch nach unserer Auffassung ist das für das Gebiet der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft und der ihr verwandten Berufe durchaus zutreffend. Wir erheben jedoch gegen die gestern abgegebene Erklärung keinen Einspruch, insoweit vorläufig die Vorlegung einer Zolltarifnovelle und eine Kündigung der ablaufenden Handelsverträge nicht beabsichtigt wird. Nach der Angabe des Staatssekretärs sollen aber Umstände eintreten können, die zu einer Änderung der Zolltarifgebung und zur Durchführung nötiger Verbesserungen dienen würden. Das kann unmöglich in der Absicht der Regierung liegen. Wir bedauern, daß man auf eine selbständige Berücksichtigung der Notwendigkeiten des eigenen Landes und die Ausnutzung von eigenen Erfahrungen verzichtet, die der Austausch des wirtschaftlichen Schutzes und der Handelsbeziehung in anderen Ländern bietet. Zu einer solchen Politik werden wir uns nicht entschließen können. (Beifall rechts.)

Die letzte Viehzählung beweist, daß die Viehzahl in den ganzen Reich erheblich zugenommen haben. Wie kann man noch behaupten, daß die deutsche Landwirtschaft nicht imstande ist, unser Volk mit Fleisch und Brot zu versorgen? Die Einschränkung der Mast- und Fleischpreise muß durch weitergehende Speisemittel gegen das Ausland verbunden werden. Wir behaupten ausdrücklich, daß die großen Städte mit den landwirtschaftlichen Organisationen nicht langfristige Lieferungsverträge für Fleisch geschlossen haben. Die kleine Landwirtschaft hat an den sozialen Kosten schwer zu tragen. Dazu kommt die Erhöhung der Löhne. Die Frage des Getreidezolls sollte derart geregelt werden, daß alle aus dem Ausland eingeführte Getreide zu demselben Zoll abgefordert und für diejenige, die zu Weizenmehl verarbeitet wurde, der Zoll zurückgeführt wurde. Statt der Getreide könnten wir sehr wohl andere Futtermittel verwenden. Unser Hofstand geht infolge ausländischer Konkurrenz nach und nach zu Grunde. Es bedarf des Schutzes wie der anderer Länder.

Ebenso tut dem Land, dem Sorgenkind unserer süddeutschen Landwirtschaft, Schutz not. Der Gemüsebau hat nicht auf Schutz; in unserer deutschen Heimat muß wegen der Wasser- und Luftverhältnisse Weizen gebaut werden. Er ist durch die amerikanische Konkurrenz bedroht. Ebenso sollte die Landwirtschaft geschützt werden. Ausland hat an Handelsverträgen mit uns ein viel größeres Interesse als wir. Wir alle in unserer Fraktion sind für innere Kolonisation. (Sehr richtig! rechts.) Nur muß sie vernünftig, nicht sprunghaft überstürzt durchgeführt werden. Es sollen nicht bloß kleine, sondern kleine, mittlere und selbst größere Betriebe geschaffen werden. Die innere Kolonisation, wie sie heute von Bismarck angeregt hat, hat kolossale Werte geschaffen. Sie kann aber nur erhalten bleiben, wenn unsere Wirtschaftspolitik die gleiche bleibt. Sie allein kann uns auf unserer nationalen und wirtschaftlichen Höhe erhalten. (Beifall rechts.)

Ministerialdirektor Müller:

Ich bin beauftragt, namens des Staatssekretärs zu erklären, daß der Seidenhandel in derselben Weise weiter gehandhabt werden wird, wie es bisher der Fall gewesen ist. (Beifall rechts.) Langfristige Lieferungsverträge für die landwirtschaftlichen Organisationen in Frage kommen könnten, haben wir stets aufmerksam verfolgt und begünstigt, soweit es in unseren Kräften lag. Die Verhältnisse an der russischen Grenze haben sich einigermaßen verbessert, unser Export von Roggen ist stärker geworden, als wir angenommen hatten. Ausland ist autonom und kann seine Handelsverhältnisse nach seinen Bedürfnissen regeln. Wir müssen daher das Weitere abwarten. Einstweilen sind wir überfordert worden.

Abg. Gothein (Np.):

Es wäre ein Unglück, wenn wir gleich wieder mit neuen Gesetzen kommen würden, die den alten verdrängen. Auch die Box constrictor muß eine Ruhepause machen, wenn sie einen großen Schaden verschulden hat. Es kann eine Ruhepause in der Sozialpolitik eintreten. In Wirtschaft ist lediglich die Selbstverwaltung aus der Arbeiterversicherung hinausgedrängt worden; die Bureaucratie hat sie in die Hand genommen. Das empfindet das Volk als ein Unglück. Die jetzige Anwendung des Gesetzes schafft nur Erbitterung. Wir begrüßen dankbar den Erfolg, den der Staatssekretär in dem Streik der Ärzte und Krankenkassen erzielt hat. Diese Erfahrungen sprechen für ein Eingangsamt. Eine einheitliche Regelung der Verhältnisse im Binnenhandelsverkehr würde zu sehr schädlichen Folgen führen; es empfiehlt sich höchstens Gesetze für die einzelnen Strömgebiete.

Der Staatssekretär hat gestern ein modernes Solomoni, ein hohes Lied auf unsere bewährte Wirtschaftspolitik gesungen. Aber er wird sich am Schluss wie Solomoni sagen müssen: Es ist alles eitel! Welche Wirtschaftspolitik ist das? Die Bismarcksche, die Caprivische oder die Pulowische? Die sehr großen Unterschiede darunter genieren freilich einen großen Geist wie den Staatssekretär nicht. Vor den Caprivischen Handelsverträgen ging es der Industrie geradezu furchtbar. Seitdem ist die Auswanderung zurückgegangen, seitdem haben sich Handel und Industrie belebt. Die Logik vom Bundesrat ist ergötzlich. Wenn Immanuel Kant sie hören würde, er würde sich im Grabe umbrechen. Wieviel wäre Ansehen berufen über die Wirtschaftspolitik! Der wirtschaftliche Romantiker v. Oldenburg-Jamischau behauptet sogar, Deutschland brauche dem Ausland nichts anderes einzuführen als Kaffee und Ananasmüden. (Heiterkeit.) Die Kartelle haben die Schutzpolitik ausgenutzt. Bei den Fertigfabrikaten ist die Ausfuhr am kleinsten, bei den Rohprodukten am größten. Das ist sehr bedauerlich, weil damit unsere Arbeiter ausgebeutet werden. Bei allen verbesserten Ver-

hältnissen ist ein Rückgang der Ausfuhr zu verzeichnen. (Sehr richtig! links.) Und das nennt man bewährte Wirtschaftspolitik. Das ist eine Politik nicht zum Schutze der nationalen Arbeit, sondern zum Schutze der nationalen Wente. (Sehr richtig! links.)

Der Wert der Kartelle soll darin bestehen, daß sie eine Stetigkeit der Industrie verbürgen. In Wirtschaft erreichen sie nur, daß sie die Kosten des Brots der Industrie, dauernd verteuert werden, daß also schließlich ihre Kosten steigen müssen. Die Wirtschaftspolitik soll nun der Landwirtschaft außerordentlichen Nutzen bringen, trotzdem bleiben wir noch wie vor und immer härter auf das Ausland angewiesen. Die Zölle haben lediglich eine geradezu entsetzliche Steigerung der Bodenpreise bewirkt. Die Industrie für Getreide hat ständig zugenommen, zum Nachteil der Viehzucht, die den Weideweg nicht entbehren kann. Verschuldet wird das durch die Einfuhrzölle. Infolgedessen sind auch zahlreiche Viehen in Niederlande verwandelt worden. In Sachen der Einfuhrzölle haben wir früher auch die Politik der höheren Rechte auf unserem Standpunkt. Erst seit 1887 tritt das Bestreben hervor, eine unerschöpfliche nach Ausfuhrprämie zu schaffen. Damals sträubte sich auch die Regierung, sogar ein so agrarischer Minister wie Riquel.

Nach der ungenannten Ausdehnung des Ackerbaues wird aber auch die Reichsfläche geschädigt. Alle schimmigen Voraussetzungen sind eingetroffen, im Ausland werden die Einfuhrzölle immer mehr wie Ausfuhrprämien angesehen. Die Verwertung des Staatssektors, die Einfuhrzölle ermöglichen dem Landwirt des Ostens lediglich, sein Getreide zum Weltmarktpreis möglichst vorteilhaft zu verkaufen, kann nur teilweise erreicht werden. Er mag das Getreide künftig unterlassen. Der kleine Landwirt verdrängt seine Getreideprodukte in der eigenen Wirtschaft; er hat also kein Interesse an Zöllen. Heute in der Zeit der billigen Futtermittel und der steigenden Viehzucht fordert der Bund der Landwirte zur Einschränkung der Milchproduktion auf, die ohnehin nicht ausreicht, um die ärmere Bevölkerung zu versorgen. Es ist nicht richtig, daß die Wirtschaftspolitik das Entstehen von Kleinbetrieben begünstigt. In Solingen läuft das Fideikommiß des Großherzogs von Bayern fortgesetzt Kleinbauern, einen nach dem anderen, auf. Der Großbetrieb entvölkert das Land und schädigt damit den militärischen Nachwuchs. Deshalb brauchen wir innere Kolonisation. Der Kleinbauer braucht keine Saisonarbeiter wie der Großbetrieb. Wird Ausland uns nicht diese Arbeiter sperren, wenn wir nicht Handelsverträge nach seinem Willen schließen? Österreich ist bereit auf dem Wege dazu! Wo bleibt dann der Großbetrieb? Allein die russische Bureaucratie kann schon die Grenzen für die Arbeiter sperren. Das zuckende Auge ruft und treibt innere Kolonisation in großen Maßstäben und braucht keine Arbeiter selbst. Eigen vertritt es, daß der Großbetrieb immer rührt, die deutsche Landwirtschaft hat ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllt. Günstig der Schweinezucht kann er nicht mitreden. Er züchtet nicht Schweine — man kann doch sagen, die deutsche Wirtschaft hat ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllt. (Große Heiterkeit.) Da Breiten absolut verlagert, mühte tatsächlich das Reich vorgeplant werden, eine innere Kolonisation durchzuführen. Beweis ist die Lebenshaltung der Arbeiter besser geworden, doch sinkt der Verbrauch der Genussmittel, und die Geburtenziffern gehen zurück. Welche Verwirrung der Geister, wenn heute ein Wirtschaftspolitiker verlangt, daß die Kandidaten zum Wähler sagen: „Ich mit deiner Stimme, ich bin für Wirtschaftspolit!“ (Große Heiterkeit.) Das Koalitionsrecht der Landarbeiter soll eine Privatpolitik sein. Dann war Bismarck froh, als er 1866 das Verbot des Koalitionsrechts aufhoben wollte! Breiten arbeitet den Beschlüssen des Reichstages entgegen. Dieser „Breitenbund“ hat uns eine „gemischte Gesellschaft“ genannt. Wir sind eine gewählte Gesellschaft, und zwar eine sehr gewählte. (Heiterkeit.) Hinter uns steht das Volk und nicht hinter den Herren vom „Breitenbund“ mit ihren Titeln und Orden. Die Herren scheinen ihre Hinterhülle ganz vergessen zu haben. (Sehr richtig! links.) Nach dem Programm Wilhelms I. sollte Breiten doch moralische Erhebungen machen. Wir halten uns an das Wort des Breitenbüchlers: „Wag's, um den größten Preis zu werden und mit der Zeit, dem Volk zu gehen.“ (Beifall links.)

Ministerialdirektor Müller:

Es ist ganz klar, daß die Handels- und Zollpolitik für die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht allein als ausschlaggebend betrachtet werden ist. Auch die anderen Erzeugnisse, die chemischen und wissenschaftlichen, sind maßgebend gewesen. Die Kernfrage ist: Ist unsere Zoll- und Handelspolitik so ausgestaltet, daß der innere Markt gefördert und gefördert werden konnte, und daß daneben auch auf dem Auslandsmarkt die deutschen Erzeugnisse konkurrenzieren konnten? Über diesen Punkt werde ich mich mit Herrn Gothein wohl nicht verhandigen. (Sehr richtig! rechts.) Der Redner weist an der Hand der Statistik von 1907 bis 1912 nach, daß die deutsche Ausfuhr sich auch in dieser Zeit günstig entwickelt habe. Die Ausfuhr stieg in Deutschland z. B. um 31 Proz., in Frankreich um 20 Proz., in den Vereinigten Staaten von Nordamerika um 17 Proz. Auch die Ausfuhr in der Fertigindustrie ist gestiegen, wenn sie auch in einigen Branchen zurückgegangen ist und das Rekordjahr 1907 nicht erreicht hat.

Mehrheit hat man angenommen, daß in Ausland in neuerer Zeit unerschöpfliche Maßnahmen gegenüber unserer Ausfuhr betätigt worden seien. So lautet wenigstens der Ausdruck. Man muß bei diesen Maßnahmen unterscheiden zwischen Ausland und Finnland. Nach den aus gegangenen Nachrichten, ganz Genau wissen wir noch nicht, ist den russischen geographischen Körper- schaften vom Ministerialrat ein Gefegensur überwiegen worden, monach in Ausland ein Getreideeinfuhrzoll von 3,66 Mk. für den Bruttooppeltentner und in Finnland ein Zoll auf Roggen, Gerste, Hafer und Weizen von 8,45 sowie ein Zoll auf Mehl in Höhe von 5,27 Mk. eingeführt werden soll.

Diese Waren sind bisher größtenteils in Ausland und Finnland eingefahren; nur auf Mehl wurde in Ausland schon bisher ein Zoll von 5,33 Mk. erhoben. Man hat unseren Unterhändler gewissermaßen einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie uns die zollfreie Einfuhr von Getreide in Ausland nicht dauernd gesichert hätten. Damals hätte aber die Sache noch nicht die heutige Bedeutung, und natürlich hätte man eine solche Forderung mit auf unser Konto geschrieben. Darum war es kein so großes Unikum, wenn unsere Unterhändler damals die Forderung der Zollfreiheit nicht forderten. Ausgesprochen ist unser Interesse an der Einfuhr von Getreide, insbesondere von Roggen, nach Ausland bedeutend größer geworden, und so haben wir allerdings ein Interesse daran, und diese Ausfuhr auch zu erhalten.

Abg. Dr. Krenndt (Np.):

Herr Gothein hat uns seine alte schone Rede gehalten, die wir schon so oft gehört haben. Herr Gothein ist auch in seiner Partei die letzte Säule des Freihandels. Auch in seiner Partei bricht sich die Ueberzeugung Bahn, daß der Schutz Zoll doch nicht ganz so schlimm ist. In der Zolltarifkommission mühte uns Herr Gothein allerlei Scherzreden, wenn dieser Zolltarif zustande käme. Die Durchführung des Schutzzolls, so hoch es wäre, würde der Ruin Deutschlands sein. Das kann aber doch kein Mensch behaupten. Alle Voraussetzungen des Herrn Gothein sind durch die Tatsachen widerlegt. In Fortschrittler werden nur abhauen. Sie glauben, es tut weniger weh, wenn der Schwanz fruchtlos

abgehakt wird. Die Weisheit des Herrn Gothein kommt mir immer so vor, als wenn er eine mahlende Kuh lüdt in der Hoffnung, dann dauernd umsonst Milch zu bekommen. (Heiterkeit rechts.) Die Lehre vom angemessenen Preise muß auch für den Landwirt Geltung haben. Wenn die Arbeiter angemessenen Lohn haben wollen, dann müssen sie auch angemessene Preise zahlen für die Erzeugnisse, die andere Arbeiter geschaffen haben.

Die Caprivischen Handelsverträge haben die Interessen unserer Landwirtschaft nicht genügend wahrgenommen. Zu der Erklärung des Staatssekretärs freilich eine Frage: Was es nötig, das Ausland schon jetzt in unsere Karten bilden zu lassen? (Sehr gut, rechts.) Wir bitten den Staatssekretär, neben der Landwirtschaft auch die industriellen Wünsche bei den Handelsvertragsverhandlungen möglichst zu berücksichtigen. Die Sozialpolitik ist keine Frage, des Ja oder des Nein, sondern des Mehr oder Weniger. Und wir stehen jetzt mehr beim Mehr. Die Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sind auf beiden Seiten miteinander verbunden. Das erkennen auch die Arbeiter an, und die wirtschaftlichen Organisationen wünschen daher. Die Arbeitsverhältnisseordnung ist das größte soziale Werk aller Länder und Zeiten. Es beruht auf Kompromissen und hat Schönheitsfehler, aber die Erfahrungen der Praxis werden mein Urteil bestätigen. Durch die Landfrankensassen wird die Bureaucratie der Bezirkskontrollen einermäßig eingeschränkt. Die Mittelstandsfürsorge hat den künftigen Hausbesitz vergessen. Er kam für die Gesetzgebung eigentlich nur in Betracht, wenn ihm neue Steuern auferlegt werden sollten. Ein Sinken des Zinsfußes ist zu erwarten, damit werden wir über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegkommen.

Erfahrungsgemäß sind die Verhältnisse der Reichsbank! besser geworden dank dem Präsidenten Dörmann. Den ich an meiner Freude unter uns habe. (Beifall.) Die Reichsbank hat in ihrer Diskontpolitik sich eine wirtschaftliche Unabhängigkeit von dem Ausland bewahrt. Das Breiten anstößt konsolidierter Anleihen ist einmahlig begünstigt, ist ein Vorzeichen, dem ich vollen Erfolg wünsche. Das Publikum soll bei Staatsanleihen keinen Schaden leiden. (Beifall.) Der Schutz der nationalen Arbeit, wie ihn Bismarck eingeführt hat, hat uns den großen Aufschwung verschafft. Deshalb halten wir daran fest!

Donnerstag 1 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Der heftige Staatshaushaltsvoranschlag im Finanzausschuß.

ab. Darmstadt, 21. Januar.

Der Finanzausschuß der Zweiten Kammer legt die Haushaltsberatung in Eilschritten fort; es wurde in der heutigen Sitzung neben dem Steueretat und dem Voranschlag des Staatsministeriums auch noch der größere Teil vom Voranschlag des Reichsministeriums des Innern erledigt, Kap. 12—60. Das Kapitel, Direkte Steuern, Regalien, indirekte Auflagen und Einnahmen aus verschiedenen Quellen bezeichnet eine Gesamteinnahme von 26 218 970 Mk. und eine Ausgabe von 2 865 944 Mk., mithin einen Ueberschuß von 23 353 026 Mk., gegen das Vorjahr mehr 990 064 Mk. Die Staatseinkommensteuer ist darin mit 15 590 000 Mk., die Vermögenssteuer mit 4 800 000 Mk. eingestuft, gegen das Vorjahr mehr 900 000 Mk., die Wagerabgabensteuer mit 95 000 Mk. (im Vorjahr 86 000 Mk.), der Anteil an der Einnahme des Reichs aus der Zuwachssteuer mit 30 000 Mk. (i. B. 24 000 Mk.), die Stempelcinnahme mit 4 300 000 Mk. (i. B. 4 250 000 Mk.), die Erbschafts- und Schenkungssteuer mit 605 000 Mk. (i. B. 536 000 Mk.), die Grundsteuer mit 470 000 Mk. (i. B. 450 000 Mk.). Dagegen wurden die Einnahmen aus Strafen wegen Verletzung von Gesetzen über die direkten Steuern anhaft mit 80 000 Mk. im Vorjahr nur auf 30 000 Mk. eingestuft, die Gebühren für auf den Finanzämtern für Gemeinden usw. gefertigte Arbeiten auf 175 000 Mk. (i. B. 150 000 Mk.) und die Gebühren und Vergütungen wegen Erhebungen usw. für andere Ämter mit 80 000 Mk. (i. B. 75 000 Mk.) eingestuft. Bei den Erörterungen über dies Kapitel wurde betont, daß die erhebliche Steigerung der direkten Steuern gegenüber den früheren Jahren hauptsächlich durch die Deklaration der den Gemeindefinanzlagen und durch Ergebnisse besonders günstiger Art in den letzten 2—3 Jahren sich erklären. Bezüglich der Wirkung des Wehrbeitrags und des Generalparabens werden noch die näheren Feststellungen der Regierung zu erwarten sein, wenn davon Ergebnisse vorliegen. Daraus wird auch eine erhebliche Zunahme der Vermögenssteuern für die Zukunft erwartet. Der Ausblick geht mit der Regierung aus darin einig, daß für die folgenden Jahre an Strafen für Steuerbeiträge 50 000 Mk. weniger in den Etat einzustellen sein, da sich jetzt Befragungen weniger ergeben werden, wenn der Generalparaben seine Wirkung äußert. Wie betont wurde, hat die Gemeindefinanzveranlagung für 1913 100 000 Mk. mehr Ausgaben verursacht; die Regierung will jetzt für 1914 85 000 Mk. für die räumlichen Arbeiten bei dem Gemeindefinanzgesetz und für die Anlagungskosten des Wehrbeitrags, welche von den Einzelstaaten zu tragen sind, einstellen. Bezüglich der Kosten für die Schreibgebühren (245 000 Mk.) sind gegen das Vorjahr 13 000 Mk. mehr vorgegeben; eine von den Schreibhilfen eingegangene Vorstellung um Erhöhung ihrer Bezüge soll zunächst der Regierung zur Prüfung gehen, und dann im Anschluß mit beprochen werden. — Das Kapitel 13, Landstände, erfordert gegen das Vorjahr 16 840 Mk. mehr, nämlich 158 988 Mk. Es wurde hierzu angefragt, ob die bereits von der Regierung angeordnete Erhöhung der Prämien für die Abgeordneten jetzt nicht Gestalt gewonnen hätte; darüber soll bei der Regierung nähere Erkundigung eingebracht werden. Eine Angabe, wie hoch sich die Ausgabe für Diäten an die Kammermitglieder seit dem letzten Budget beläuft, enthält das Budget nicht. Die Kapitel des Staatsministeriums 14 bis 17, Ministerium 81 684 Mk., Auswärtige und Bundesverhältnisse 15 000 Mk., Kabinetsdirektion 13 880 Mk. und Ober-Rechnungskammer 288 996 Mk., fanden keine Beachtung. Der letztere Kapitel ist eine Vermögenserhöhung von 25 000 Mk. veranschlagt, da die Gebühren für die Prüfung der Gemeindefinanzlagen durch Vereinfachungen im Rechnungswesen sich um diesen Betrag vermindert haben. Das Kap. 18, Verwaltungsgerichtshof, 24 978 Mk., fordert für einen Parteivorstand 4500 Mk. mit Rücksicht auf die durch die Gesetze herbeigeführte Ausdehnung der Tätigkeit des Verwaltungsgerichtshofs; die Forderung, wie auch einige weitere kleine Anfordernngen wurden bewilligt. Die Kap. 19, Staats- und Staatsarchiv 21 648 Mk. i. B. 37 558 Mk., weil dieses die Summe der vorjährigen Beauftragten mit 15 960 Mk. nicht benötigt wird, Kap. 20, Reichsanstalt, 3110 Mk., Kapitel 21, Sternwarten 1500 Mk. und Kap. 22, Porto, Telegrammen usw. Gebühren 2800 Mk. wurden genehmigt. Beim Voranschlag des Reichsministeriums des Innern wird in Kap. 23, Ministerium, Ausgabe 307 192 Mk. (i. B. 297 058 Mk.), ein neuer vorragender Teil für die Schuldenaufnahme angeordnet; hierüber soll zunächst noch mit der Regierung beraten werden. Von den allgemeinen Kosten des Fonds für Vertretungen und Ausstellungen (Kap. 24), 75 000 Mk., wurde die Vertheilung von 4500 Mk. gegen das Vorjahr gestrichen. Beim Kap. 25, Regierungs- und Reichsgeographisch usw., Ausgabe 13 685 Mk., wurde die Erhöhung der Kosten für das Regierungsblatt um 1035 Mk. beantragt und dabei auch die Frage erörtert, ob staatsrechtlich dem Staatsrat eine besondere Stellung unabhängig von der Kontrolle der landständlichen Vertretung eingeräumt werden könne; es sind darüber noch Verhandlungen

Beim Kapitel Landesuniversität wurde noch die Frage erörtert, ob ein naturhistorisches Institut beigegeben sei, besonders in Rücksicht auf die den Universitäten zugehende Pflanzung, auch hierüber den Vorschlag zu deuten; es sind darüber noch Erörterungen mit der Regierung notwendig. Beim Kapitel 38. Gymnasien, Realschulen, Oberreal- und Realhöfen, soll das Verlangen der Kammer nach Bereinigung der beiden Darmstädter Gymnasien inwiderholt werden. Gegen die Trennung der Oberrealschule aus dem Realschulsystem in Gießen, wodurch die Anstellung eines neuen Direktors erforderlich wird, wurden keine Einwendungen geltend gemacht. Kapitel 39. Höhere Büchereibibliothek, kein Beibehaltung. Die Kapitel 40—45 wurden wegen Mangel an Platz für die Besprechung von der Beratung abgelehnt. Bei Kapitel 46. Hofbibliothek, wurde die Gehaltsveränderung für eine Bibliothek von 1200—1600 auf 1600—1800 Mark aufgewiesen. Die Frage des Verkaufs der Hofbibliothek, bzw. des Verkaufs des früheren Ludwig-Bibliothek zu Gießen der Hofbibliothek soll mit der Regierung noch näher behandelt werden. Die folgenden Kapitel Landesmuseum, Denkmalspflege, Römisch-germanisches Zentral-Museum, Historischer Verein, Historische Kommission, Zentralstelle für die Landesstatistik, Geologische Landesanstalt, Geologischer Landesdienst, Aerztlicher Dienst und Apotheken, Gebirgsbau-Veranstaltung in Raus, Landes-Heil- und Pflegeanstalten der Godesheim, Drogenheim, Alzen und Gießen. Altsitz bei Darmstadt und Epistulische Anstalt bei Nieder-Hausbach wurden genehmigt. Die Fortsetzung der Beratung erfolgt morgen früh.

Anträge im Reichstag.

Zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs des Reichsfinanzministers beantragten die Nationalliberalen im Reichstage, dem Reichsminister um Vorlegung eines Geheimschutzes zum Schutze des Wahlgeheimnisses gegen amtliche und private Nachforschungen über die Ausübung eines auf Geheiß beruhenden geheimen Wahlrechts zu erlauben.

Zum Vorschlag für das Reichsamt des Innern ist von der nationalliberalen Fraktion beantragt worden, einen Geheintatrat vorzulegen über den Ausbau des Bundesamts für das Heimatwesen zu einem Reichsamt für das Heimat- und Finanzwesen behufs Uebernahme der gesetzungsähnlichen Entscheidungen in Reichsstelligkeiten aus dem Beibrbeitragsgefeje und dem Beibrteuergefeje.

Die national-liberale Fraktion hat zur zweiten Besung des Justizvoranschlags beantragt, den Reichsfanzler zu eruchen, das Reichsrecht darauhin einer Durchncht und Brufung zu unterziehen, ob nicht, vorbehaltlich und vor unssender Reuegehaltung größerer Rechtsgebiete, Verbesserungen einzelner Teile und Bestimmungen, die von besonderer Dringlichkeit sind, vorzunehmen wären und hierbei insbesondere folgende Punkte ins Auge zu fassen: 1. die Behandlung der Weiserkranktheit im Zivilprozeß und im Straf recht, 2. den Schutz der Ehre in materiell-rechtlicher und proceßrechtlicher Beziehung, 3. den Schutz der Gläubiger gegen unwillige Schuldner, 4. die Einrichtung einer Mobilitaripnothel mit Zwangseintragung, 5. die Einschränkung der Eidesleistungen, 6. die Beschleunigung des Verfahrens im Zivilprozeß und Strafprozeß, 7. die Ausdehnung der schöffengerichtlichen Zuständigkeit, 8. die Einschränkung des Rekalitätsprinzips im Strafprozeß, 9. die Zulassung der Volksschlichter als Schöffen und Geschworene, 10. die religiöse Erziehung der Kinder aus Mischehen. Zum gleichen Stat beantragen die National-liberalen die Vorlegung eines Gegenentwurfs, betr. Beschleunigung und Vereinheitlichung der Rechtspflege.

Die jortyriftillike Volkspartei hat zur
weiteren Verlung des Boranfchlags für das Reichsamt des
Innern den Antrag gestellt, das Arbeitsverhältnis der in
Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und An-
gestellten, insoweit dies noch nicht der Fall sein sollte, kün-
ftig nach neuen Grundsätzen zu regeln. Nach diesen Grundsätzen
soll keine Beschränkung der staatsbürgerlichen Pflichten
stattfinden und den Arbeitern und Angestellten die Er-
richtung von Ausschüssen zugesichert werden. Die Hän-
digungsmöglichkeiten sollen eingeschränkt werden und die
Gehälter und Löhne denen der Privatindustrie gleichgestellt
werden. Zum gleichen Boranschlag beantragt die sozial-
demokratische Fraktion, den Reichsfanzler zu eruchen,
dem Reichstago baldigst einen Gesetzentwurf zugehen zu
lassen, wodurch alle das Koalitionsrecht einschrän-
kenden ausnahmegesetzlichen Vorschriften in den reichs-
und landesgesetzlichen Vorschriften aufgehoben
werden und ferner für alle Personen, die ihre töpferliche
oder geistige Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt in den
Dienst eines anderen stellen, das Koalitionsrecht gesichert
wird.

Aus den Reichstagsanschlüssen.

:: Berlin, 21. Januar.

Der Budgetausschuß legte heute die Beratung des Berichtes des Reichshofamts fort. Sein Zentrum wurde unangeregt, Beamtenbütschriften erst dann zu beraten, wenn die Beamten sich vorher an die Verwaltung gewandt haben. Der Vorschlag wurde damit begründet, daß die Bütschriften ihrer Wirksamkeit verlieren, wenn sie in solcher Fülle wie jetzt ohne Anweisung der Behörden vor den Reichstag kamen. Der Staatssekretär des Reichshofamts begrüßte die Anregung. Von der Einführung von Beamtenausweisen versprach sich der Staatssekretär wenig. Der Ausschuß sprach sich schließlich dahin aus, daß die Berichterväter jeweilig mitteilen sollten, ob die Bütschriften den Anfeuerungserfolg haben oder nicht. Die Bütschriften der Bureauassistenten und Werkmeister der Reichsdruckerei wurden einigen dem Eintrage des Berichterväters, der Berücksichtigung bezw. Ent-

vorgung forderte, nur als Material abzurufen mit dem Vorbehalte
 erweiterter Prüfung gelegentlich der Besoldungsnovelle. Beim eigen-
 lichen Besoldungslage der Reichspostverwaltung wurde die Beratung
 mit Rücksicht auf die einschlägige Denkschrift mit den im Titel 33
 enthaltenen Beamtensstellen begonnen. Der Berichterstatter fragte,
 wie sich die Aufstellung der weiblichen Kräfte bei den Post-
 ämtern dritter Klasse bewährt habe. Man höre aus den Reihen
 der Vorstände wenig befriedigende Urteile, und es sei kein Zweifel,
 daß die ausschließliche Verwendung weiblicher Hilfskräfte manche
 Unzulänglichkeiten zur Folge habe. Der Unterstaatssekretär be-
 gründete die Einstellung weiblicher Kräfte in diesen kleinen Post-
 ämtern damit, daß man früher vielfach Postschaffner verwenden
 mußte, die später Assistenten und Sekretäre werden wollten. Der
 Antrag zu den mittleren Beamtensstellen wurde eingebracht
 werden. Die Einrichtung befände sich aber noch im Stadium des
 Versuchs; kurze Zeit würden die neueren Gutachten erbracht; im
 großen und ganzen habe sich die Einrichtung bewährt. Unrichtig
 sei es, daß die Unterbeamten sich nicht gern von den Gehilfinnen
 etwas vornehmen ließen. In der Verwendung weiblicher Kräfte
 liege Deutschland noch weit hinter Österreich, England und der
 Schweiz zurück. Nur 9 Prozent der Stellen seien bei uns mit
 weiblichen Kräften besetzt. Die Beratung wurde dann abgebrochen.

Der Ausschuss für die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes befaßte sich mit dem Antrage des Nationalliberalen Dr. Jund, einen besonderen Kolonialgerichtshof zu gründen, sondern die einschlägige Rechtsprechung einem neuen, besonderen Senate des Reichsgerichts zu übertragen. Der Antrag wurde insbesondere damit begründet, daß er die Rechtseinheit sicher stelle. Von volksparteilicher Seite wurde er mit dem Vorwurfe auf die große Belastung des Reichsgerichts und auf die besondere Eigenart der Kolonialrechtsfälle befaßt. Der Staatssekretär des Reichsjustizministers bemerkte, die ganze Frage sollte eigentlich durch die Beratung eines früheren Auswärtigen vom Jahre 1907 bereits als erledigt gelten. Die jetzige Vorlage ist nach den Wünschen des damaligen Reichstages ausgearbeitet. Es müsse bei einem besonderen Kolonialgerichtshof bleiben. Die Rechtseinheit könne man durch die Annahme eines von konfessioneller Seite stehenden Antrages sichern, der bei Abweisung des Kolonialgerichtshofes von einem Grundzüge des Reichsgerichts die endgültige Entscheidung einem aus Mitgliedern beider Gerichte zusammengesetzten besonderen Gerichte übertragen wolle. Der Antrag Dr. Jund wurde dann abgelehnt, worauf der Ausschuss in die Beratung der einzelnen Paragraphen eintrat. Nach dem Beschlusse zu § 1 soll das Gericht die Bezeichnung „Reichskolonialgerichtshof“ erhalten. Als Sitz des Gerichtshofes wird in § 2 unter Abänderung der Regierungsvorlage nicht Berlin, sondern Hamburg bestimmt.

Der Ausschuss zur Forderung des Vordereis-
zießbogens hielt heute seine 24. Sitzung als Schlußsitzung ab.
Auf die beantragte Schlußabstimmung über die Beschlüsse zweiter
Lesung wurde wegen des Widerpruchs der Sozialdemokraten ver-
zichtet. Einzelne Mitglieder befaßten sich bezüglich des Kompo-
sitens über die Konfurrenzsteuer noch Abänderungsanträge für
das Votum vor.

Der Ausschuss zur Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle setzte die allgemeine Erörterung fort. Ein Sozialdemokrat bestritt die Notwendigkeit zum Einschreiten gegen den Dausierhandel. Ein Volksvertreter trat dafür ein, daß die Antikonzeptionsmittel vollständig aus dem Dausierhandel entfernt werden müßten. Die übrigen Redner schlossen sich der letzteren Ansicht an. Ein Regierungsvertreter gab Darlegungen über den Dausierhandel mit Kobbernäsen. Ein Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung beantragte, auch Herrenhöfe vom Dausierhandel auszuweisen.

Der Wahlprüfungsausschuß erklärte die vom Bismarck zur erneuten Prüfung zurückgewiesene Wahl des Abgeordneten von Dalem (Rp., 5. Marienwerder) wiederum für ungültig.

Mus. Bellem.

Steuerhinterziehungen. Die Abgaben der Vermögenssteuererklärungen zum Wehrbeitrag in die Großh. Finanzämter haben, wie man von zuständigen Stellen erfährt, zu überraschenden Ergebnissen in Bezug auf Steuerhinterziehungen geführt. Es sollen ganz erhebliche Summen zum Vordrin gekommen sein, die bisher für die Veranlagung zur Staats- und Gemeindesteuer nicht herangezogen werden konnten, da sie der Steuerbehörde nicht bekannt waren. Die Furcht vor einer hohen Nachbesteuerung hat bisher wohl manchen davon abgehalten, ein Vermögen in seinem richtigen Steuerwerte anzugeben. Der Umstand aber, daß bei der jetzigen Vermögenssteuererklärung zum Wehrbeitrag alle früheren Steuerhinterziehungen strafflos ausgehen und keine rückwirkende Veranlassung zur Bestrafung bei einem evtl. Bekanntwerden seines Vermögens veranlaßt, seine Papiere aus dem sicheren Versteck hervorzuholen und deren vollen Wert zu deklarieren. Die Steuerbehörden werden wohl einen kleinen Kerger hierbei zu unterdrücken haben, da sie stillschweigend die bisherigen Steuerhinterziehungen annehmen müssen. Doch können sie sich mit dem Trost abfinden, daß die Veranlagung zur Wehrsteuer auch dem Staate und den Gemeinden einen großen Vorteil bringt.

Deutsche Kolonien.

Die Erbauung eines Tropengenesungs-
heimes in Tübingen ist schon seit längerer Zeit ein
ringendes Bedürfnis. Die aus den Tropen krank Zurück-
gekehrten sollen in einem auf freier, sonniger Höhenlage zu
erreichenden Hause durch ein im Tropendienst ausgebildetes
personal fachverständig gepflegt werden. Durch eine in
Braun gesammelte Kirchenkollekte und eine Zuwen-
dung aus der Nationalspende zum Kaiserjubiläum ist der
Grundstoff vorhanden. Man erweist nun damit, daß die noch
schleudern 100 000 Mk. durch Liebesgaben bald zusammen-
kommen, um noch in diesem Jahre den zunächst für dreißig
Betten berechneten Bau schuldensfrei zu vollenden. Als zwei-
ter Direktor neben Dr. Klipp ist mit Beginn dieses Jahres
der Herausgeber der Zeitschrift „Die ärztliche Mission“, Dr.
Heldmann, eingetreten.

Aus Stadt und Land.

Giessen, 22. Januar 1914.

Die Lebensauszeichnungen. Anlässlich des preussischen Kronungs- und Ordensfestes wurden vom König von Preußen, außer den bereits gemeldeten, noch folgende Orden verliehen: Der Rote Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub: Dr. v. Voehr, Großh. hessischer Kammerherr, vorragender Rat im Auswärtigen Amt, der Rote Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife: Laur, Präsident der Eisenbahndirektion in Mainz, der Rote Adlerorden vierter Klasse: v. Baumbach, Hauptmann im 2. Großh. Hess. Feldartillerie-Regiment Nr. 61, v. Becker, Rittmeister im Großh. Hess. Garde dragons-Regiment Nr. 3, Ewald, Hofrat, Legationssekretär bei der Gesandtschaft in Darmstadt, Herrmann, Hauptmann im Inf.-Regt. Nr. 118, v. v. Rechenberg, Rittmeister beim Stabe des Trainataillons Nr. 18, Rehm, Hauptmann und Vorstand der Arbeiterabteilung in Mainz, Schön, Hauptmann im Inf.-Regt. Nr. 118, Treun, Regierungs- und Bau rat in Mainz; der Kronenorden dritter Klasse: Kirchhoff, Geh. Bau rat in Mainz, Offenberger, Baudirektor, Erster Vorstandsbeamteter der Reichsbahnstelle in Darmstadt; der Kronenorden vierter Klasse: Tuerbach, Eisenbahnen-

vorher in Mainz; das Verdienstkreuz in Gold: Braun, Eisenbahnlokomotivführer in Gießen, Heilmann, Eisenbahnzugführer in Gießen, Hörster, Eisenbahnlokomotivführer, Rente, Eisenbahnlokomotivführer in Gießen, Rtt., Eisenbahnlokomotivführer in Gießen, Sattor, Eisenbahnlangstreckensekretär in Mainz, Schäfer, Georg, Eisenbahnlokomotivführer in Mainz-Kastel; das Allgemeine Ehrenzeichen: Bed., Feldwebel im Inf. Regt. Nr. 118, Horn, Gardeunteroffizier in der Großh. Hess. Gardeunteroffizierscompagnie, Klein, Bizewachtmeister im Leibdragoner-Regiment Nr. 24.

Im Auftrag der heftischen Handelskammern hat die Handelskammer Mainz als Vortritt des heftischen Handelskammertags an das Groß. Ministerium der Finanzen die Bitte gerichtet, auf Grund des § 15 Abs. 2 des Wehrsteuergesetzes und § 13 der Ausführungsbestimmungen des Bundesrates die Finanzämter allgemein zu ermächtigen, solchen Betriebsinhabern, die ihrer Vermögenserklärung den Abschluß für den 31. Dezember 1913 zu Grunde legen wollen, auf Verlangen eine Verlängerung der Frist für die Abgabe der Vermögenserklärung bis zum 15. April 1914 zu gewähren. Daraufhin sind von dem genannten Ministerium die Finanzämter angewiesen worden, in den erwähnten Fällen die Frist zur Abgabe von Vermögenserklärungen auf Ansuchen zu erstrecken, es sei denn, daß im einzelnen Falle Umstände vorliegen, die ein derartiges Gesuch unbegründet erscheinen lassen.

Landwirtschaftskammer für das Großherzogtum Hessen. Landwirtschaftliche Vorträge finden statt: Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Ditzheim im Saalbau von T. Schneider IV. Vortrag über: „Nationale Jungviehzucht und Fütterung“. Referent: Dr. Spieh - Friedberg. — In derselben Zeit in Dornberg (Dietrichen) im Gasthaus von Ludwig Selin. Vortrag über: „Nationale Jüngviehzucht“. Großh. Landwirtschaftslehrer Dr. Lang - Alsfeld.

Der Verein der Kunstfreunde in den Ländern am Rhein wird vom Mai bis September in Stuttgart eine große Kunstausstellung auch aus den Verbandsgebieten der Schweiz, der Palz, Oesterreich, Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau, Rheinprovinz und Westfalen veranstalten, die Gemälde, Plastik und graphische Arbeiten umfaßt.

Der Frauenverein. Der durch seine im Oktober vorigen Jahres hier abgehaltene Tagung wohlbekannte Allgemeine Deutsche Frauenverein und der Gemeindefrauenverein Sieben veranstalten, nächsten Sonntag beginnend, Vorträge über Bürgerkunde, die Professor Dr. Vogt übernommen hat.

Landkreis Siegen.

Preis a. d. Do., 19. Jan. Anl. Veranlassung des Kriegervereins hielt gestern nachmittags Hechtbaumst. Scherer-Lauterbach einen ausführenden und gemeinnützigen Vortrag über „Das schwebende Güter- und Erbrecht nach dem bürgerlichen Gesetzbuch“. — Die Feldvereinigungsarbeiten in unserer Gemarkung sind bereits schon etwa sieben Jahre im Gange und gehen allmählich ihrem Ende entgegen; das beweist das Eintreffen der Grenzsteine für das Wegenetz. Die Arbeiten gehen zum großen Leidwesen der Beteiligten recht langsam vorwärts, und es werden voraussichtlich bis zur Aufteilung der neuen Grundstücke immer noch 2—3 Jahre dauern.

= Gränberg, 22. Jan. Wie uns die Kaiserliche Oberpostdirektion Darmstadt mitteilt, wird vom 1. April 1914 ab für jeden an das Orts-Telephon in Gränberg (Heien) herangeschickten Anruf, der nicht weiter als 5 Kilometer von der Vermittlungsstelle entfernt ist, eine Jahrespauschale von 80 Mark erhoben. Für die vorhandenen Anschlüsse verringert sich somit von diesem Zeitpunkt ab die Pauschale von 100 Mark auf 80 Mark und die am 1. April 1913 eingeleistete Grundgebührenzahlung kommt in Wegfall. In den Anrufnummern tritt aus diesem Anlaß eine Änderung nicht ein.

Kreis Rüdigen.

Kreis Büdingen.

H. Badingen, 20. Jan. Gemeinderatssitzung. Der Eintritt in die Tagesordnung berichtet Gemeinderat Klein über ein im Kreisblatt erschienenen „Eingelauden“ die Bädinger Wasserleitung betreffend. Er führt aus, daß es unabweisbar ist, daß nicht nur in den höher gelegenen Stadtteilen das Wasser mangle, sondern auch in den nieder gelegenen Wohnhäusern das Wasser fehle. Er ist der Ansicht, daß unter allen Umständen etwas in der Angelegenheit geheißen müsse, die entstehenden Kosten sollten dem Fonds, der im Vorausschlag für künftige Eingartierungen vorgesehen ist, entnommen werden. Sein Vorschlag kommt für heute nicht zustande, doch wird die Angelegenheit, die wirklich dringend erscheint, in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen zur Tagesordnung gestellt werden. — Bei der Hauptfaktung der Bahndorsstraße waren jetzt allen Gebäuden durch Reparaturen an den Zugängen zu ihren Grundstücken Kosten entstanden. Ein Hausbesitzer fordert Ertrag von der Stadt. Der Gemeinderat hat dieses unter Hinweis auf die Bestimmungen in der allgemeinen Bauordnung und des Ortsstatuts abgelehnt. Das Gewg. Preisamt war hierzu um ein Gutachten gebeten worden. Dieses Gutachten liegt vor. Danach hat dem Gemeinderat empfohlen, weiter auf seinem abgelehnten Standpunkt zu verharren. Es wird demgemäß beschloffen. — Die Errichtung einer Ortsabfuhr über Erhebung einer Kilialsteuer in Badingen wird beschloffen. Maßgebend für den Entwurf soll die Ortsabfuhr von Badbad sein. Die Bürgermeisterei ist beauftragt, bei der dortigen Vermothung Erfindungen einzubringen, welche Erhebungen mit der dortigen Ortsabfuhr bis jetzt gemacht wurden. — Als Vertreter zu den Bestimmungen der Bezirksparlisse Badingen wird Bürgermeister Kendl, als Stellvertreter Gemeinderat Klein gewählt. — Die Arbeiten zur Herstellung der Fußwege in der unteren Bahndorsstraße werden der Firma Friedrich Riß u. Söhne-Gesellschaft gemäß dem Vorausschlag und den Preisen im Angebot übertragen. — Die Erbauung einer Leichenhalle dacht an dem Friedhof wird dem Vorichlag der Kreisbaumpetition Badingen entsprechend beschloffen. Der Gemeinderat besetzt darauf, daß die beschlossene Bauamme von 4000 Mk. nicht überschritten wird. — Den Anlauf des ehemals städtischen Banies in der Krongasse für die Stadt lehnt der Gemeinderat ab, weil ein Bedürfnis nicht vorliegt.

Streis, Alfred.

Die Bahnhofsanlage in Miesfeld

daß diese Veranlagungen in der Stadt Alsfeld hervor-
zuheben und auch, wie uns geschrieben wird, jetzt wieder, durch
die zurzeit schwebende Entragung von Geländen der Firma Wehr,
Wallach, kommt noch hierbei eine Gesamtforderung der genannten
Firma von 417 000 Mark in Betracht. Wenn wir auch nicht
annehmen können, daß im Entragungserlaß diese hohe Summe
beachtet wird, so wissen wir doch noch nicht, wie viel niedriger sich
diese Summe stellt, und da die Stadt Alsfeld, wie bekannt, mit
bei dem fraglichen Geländeverb beteiligt ist, so bedeutet die
Wallach'sche Forderung für die Stadt eine Anforderung von etwa
40 000 Mark, eine Summe, die für die Stadt Alsfeld um so
schwerer in die Waagschale fällt, da sie in letzten Jahren durch die
Sanftausbauten u. s. w. eine ganz bedeutende Schenkung bekommen
hat. Die Steuerzahler werden es demnach schon merken

Der Stadtvertheilung ist bei der Festlegung des zweiten Bahnprojekts beizukommen die Vertheilung geachtet worden sein, denn sie ihre Zustimmung zu diesem Projekt (Bahnhofsverlegung nach der Stadt) gebe. Gelände auf der Westseite, am Wallaschen Sägeerbsel entlang, nicht erforderlich sei. Nun hat sich aber herausgestellt, daß trotzdem noch Gelände auf dieser Seite nöthig ist und nachdem das Gelände auf der Stadtseite auf Grund der Laubabflüsse u. s. w. schon die Summe der früheren Wallaschen Forderung eines Sägeerbsel nicht unbedeutend überschreitet, so ist die Rechnung, die die Bahn der Stadt gemacht hat, wie so mancher andere, anders und zu ungunsten der Stadt ausgefallen.

Dabei hat die Stadt Weiden zu allem Ueberflus, um dem vertriebenen" Bahnhof, der nach dem neuen Projekt sich bis zum kaiserlichen Besitz legt, freier zu gestalten, auch noch die Opfer für

eine neue Zuhilfenahme gewährt. — Wenn nun seitens der Stadt Alfeld zu guter Letzt noch versucht wird, durch Schließung des Jeller Wäges Ausstufungslände für das Wallachische Gelände zu bekommen, so stellen sich angesichts der damit im Zusammenhang stehenden Hochstrafe so große Schwierigkeiten entgegen, daß auch die Aussicht in dieser Beziehung recht zweifelhafter Art ist.

Es muß deshalb immer wieder gefragt werden, warum die Erweiterung des Bahnhofs nach der Stadt hin erfolgen muß. Wenn hierzu die hohe Forderung der Firma Wallach Veranlassung gegeben hätte, dann ist es nicht zu begreifen, daß man nicht schon beim ersten Projekt die Erweiterung eingeplant hat. Wir sind seit davon überzeugt, daß die Stadt Alfeld in diesem Falle viel Geld gespart hätte und was besonders in Betracht kommt, die Erweiterungsmöglichkeit wäre ohne weiteres vorhanden gewesen. Wenn demnach wieder einmal erweitert werden muß, kann dies nur nach dem Wallachischen Sagenwort hin geschrieben. Auch in der Richtung nach Osnabrück hat man die Erweiterung nach der Stadt vorgezogen und anstatt das Sondermann und Wädingische Gelände, für welches 35.000 Mark gefordert waren, anzukaufen, wurde argentinischer das Heidebäckische Areal für 34.000 Mark erworben und um das nötige Terrain zu gewinnen, muß weiter noch das vor einigen Jahren neuerbaute Bahnhofsgebäude im Werte von etwa 20.000 Mark entfernt werden.

Nun mögen sich die Steuerzahler Alfelds ihren Veto dazu machen.

B. Kuhlkirchen, 21. Jan. Der 13jährige Sohn des Bäckermeisters Selzer geriet beim Butterfälschen mit der rechten Hand in das Getriebe der Hähnelmaschine. Er verlor dabei den Zeigefinger, während der Mittelfinger stark zerquetscht wurde.

Kreis Schotten.

L. Hartmannshain, 20. Jan. Als heute mittags ein bepanneter Schlitten in raschem Tempo unterhalb des Ortes in die Straße nach Bollardsheim einbiegen wollte, wurde hier eine kurze Kurve beschreibt, schlug der Schlitten mit seinen vier Rädern um. Das hierdurch schon gewundene Pferd raste in wildem Galopp davon und konnte erst in Bollardsheim eingelenkt werden. Schaden hat dabei niemand erlitten. — Demjenigen Schicksal preisgegeben war Bäckermeister Joh. Fohr II. aus Derschenheim. Doch dessen Pferd blieb stehen, und mit Hilfe anderer konnte Fohr seinen Weg bald fortsetzen.

Kreis Weilar.

L. Kellendub, 21. Jan. Die Feldvereinigungsarbeiten für die hiesige Gemarkung gehen ihrem Ende zu. Die neuen Parzellen sind den Eigentümern bereits angewiesen und diese werden sie im laufenden Jahre um ersten Male abernten. Den Begleit hat der Spezialausbau Weilar den Wägenmeistern Gumbel, Dornheim und Dornheim und Wägenmeistern Gumbel, Dornheim und Dornheim überlassen. Auch im Dorfe selbst werden einige dauerhafte Wege angelegt. Aber direkte Verbindungswege mit den Nachbarorten sind durch die Zusammenlegung nicht geschaffen worden, nach Dornheim nicht, weil die Gemarkung Gumbel-Dornheim sich aufweisen beide schließt. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Gemeinde diesen Verbindungswege fortsetzen würde. — In der Zeit vom 19.—22. Januar sollte hier durch Obstdiebsteher Ripp aus Weilar ein Obstdiebstahl für Kellendub und die benachbarten Orte abgehandelt werden. Wegen der ungünstigen Witterung mußte er bis auf weiteres verschoben werden.

Heßen-Rafau.

O. Bieker b. Rodheim, 21. Jan. In der Oberförsterei Strupbach wurde am Montag für den Schutzbezirk Bieker und Dama die erste Holzverksteigerung abgehalten. Die Preise waren verhältnismäßig sehr hoch. Buchenscheitholz kostete durchschnittlich 11 Mk. und Buchenknüppel 9 Mk. für den Raummeter. Auch das Kuchholz war sehr begehrt, Nichtenlangen und Stangenholz kamen über die festgesetzte Tare, nur Eichenstämme für Schreiner und Wagner geeignet, waren preiswürdig.

Gerichtssaal.

W. Frankfurt a. M., 21. Jan. Vor dem Schörrgericht begann heute die Verhandlung gegen die Brüder Hugo und Runo Scholten wegen Krankenversicherungsschwindels. Sie hatten in den letzten Jahren verschiedene Krankenkassen gegründet, so die Schweizerische Versicherungsanstalt in Frankfurt a. M., die Mittelrheinische Versicherungs-Gesellschaft in Wiesbaden, die Rhein-Mosel- und Versicherungsanstalt in Darmstadt. Die Gründungen erfolgten nur, um sich selbst zu bereichern. Die Mitglieder erhielten in den letzten Fällen Krankenunterstützung. Denn alle Mitglieder wurden von den Vorständen der Gesellschaften, das waren die beiden angeklagten Brüder, im Erkrankungsfall immer in ein Krankenhaus eingewiesen. Wenn die Mitglieder dann nicht in das Krankenhaus gingen, verloren sie alle Ansprüche an die Kasse.

L. Dautan, 20. Jan. Vor dem Schöffengericht hatte sich der Mehl- und Getreidehändler Manfred Voedenstein zu verantworten, der von ihm zum Verkauf gebrachten Mehl, Klebenmehl, Maistofenmehl, Maistofenmehl, Erdmehl u. a. beige mischt hatte. Er entschuldigte sein Handeln mit der Notlage der Landwirtschaft infolge der ungewöhnlich heißen Witterung. Das Urteil lautete auf 2500 Mk. Geldstrafe. Ferner hatte sich vor dem Schöffengericht ein Kautions- und Warenhändler, der Maler Wilhelm Uhlend aus Pilsingen an der Elbe zu verantworten. Er hat die Geflorenen, sich Muster und Waren schicken zu lassen, die er dann schließlich in seinem Interesse veräußert. Auch suchte er Angehörige zu erpressen, doch ist es ihm hier nur um die Kautions zu tun. Heute war ihm zur Last gelegt, verschiedene Aktien in Karlsruhe, Frankfurt, Kassel, Duisburg, Vörmann, Künigingen, Berlin und Pannau in der gedachten Weise um größere oder geringere Beträge betrogen zu haben. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis.

Berlin, 20. Jan. Vom Landgericht III. wurde der frühere Angestellte der Siemens-Schuckert-Werke, Karl Richter, der sich Erpressungsversuche gegen die Firma schuldig gemacht hatte und wegen Diebstahls zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Richter hatte am Abend gefälliger Zerstreuung eine Anstellung bei der Firma erlangt. Er ist wegen Diebstahls und Urkundenfälschung schon verurteilt. Als Direktionssekretär der Siemens-Schuckert-Werke hatte er in Tokio einige Jahre gelebt, aus denen hervorgeht, daß die Firma hohe japanische Marineoffiziere mit „Klingenden Zuwendungen“ bedachte und in Japan 30 bis 40 Prozent billiger als in Deutschland verkaufte. Richter hatte das Angebot gemacht, die Briefe gegen 50.000 Mark der Firma wieder zuzustellen.

Berlin, 20. Jan. Der Termin zur Verhandlung gegen den Grafen Krieger ist auf den 23. Februar anberaumt. Die Verhandlung soll in Graeb stattfinden.

Universitäts-Nachrichten.

Der Marburger Philosoph, Universitätsprofessor Dr. Paul Maroy, begeht am 24. Januar seinen 60. Geburtstag. — In Heidelberg ist am 20. d. Mts. der emer. ord. Professor der Mineralogie und Geologie an der dortigen Universität, Geheimrat Dr. phil. Harry Rosenbusch, im Alter von 78 Jahren gestorben.

Dr. Oscar Voer wurde zum Honorarprofessor für Pflanzenchemie an der Universität München ernannt.

Dem Bibliothekar an der Technischen Hochschule zu Breslau, Professor Dr. phil. Wilhelm Weissdorf, ist der Titel Oberbibliothekar verliehen worden.

Der ordentliche Professor der Physik und Mathematik am Gymnasium zu Eichkatt, Geh. Rat Franz von Sales Komfeldt feiert am 22. Januar seinen 70. Geburtstag.

Entschiffahrt.

Frankfurt a. M., 20. Jan. Die Gothaer Waggon-Fabrik, die seit vorigem Jahre mit großem Erfolge den Flugzeugbau aufgenommen und von den großen Vereinen der Nationalflugspende den zweiten und dritten Preis erhalten hat, hat dem Meteorologisch-geographischen Institut des physikalischen Vereins hier in Anerkennung der bei diesen Flügen gegebenen meteorologischen Auskünfte eine erhebliche Summe für das Taurus-Objektoratorium überwiesen.

München, 21. Jan. Heute vormittag ist auf dem Flugplatz der Miegerstation Schleifheim der Unteroffiziersflieger Schreiber aus Würzburg beim Nehmen einer Kurve aus einer Höhe von 35 Metern abgestürzt. Er war sofort tot, das Flugzeug wurde völlig zerstört.

Vermischtes.

„Gezeiten des Schneeballs.“ Ueber einige geschilderte Augenverletzungen durch Schneebälle berichtet im vorigen Winter Dr. Feiler in der Berliner klinischen Wochenschrift. Bei einem Knaben trat sofort nach dem Sturz auf dem betrieblenden Auge Schwellen auf, das durch eine Abkühlung der Retina im Innern des Augapfels verursacht worden war. Dabei ließ sich äußerlich am Auge oder in dessen Umgebung keinerlei Verletzung nachweisen. Bei einem andern Knaben trat sogar eine totale Trübung der Linse ein. Auch hier war die Gewaltwirkung äußerlich nicht anders als durch einen kleinen Nis in der Regenbogenhaut nachweisbar. Diese Fälle, so selten sie sind, mögen doch jetzt wieder einmal daran erinnern, daß beim Schneeballen vorsichtig zu sein. Dies ist besonders an solchen Tagen angezeigt, wo der Schnee die Regung regiert, sich zu streubenden Augen blicken zu lassen. Die Freude an einer früh-frühlichen Schneefallnacht mögen wir unserer Jugend natürlich nicht rauben, aber — alles mit Maßen.

Die erste weiße Frau als Geisha. Eine Engländerin, die eine Zeitlang als Lehrerin im Dienst des Generalgouverneurs von Korea gestanden hat und dann bei der Polizei von Sapporo angestellt war, hat sich jetzt einem neuen, bisher noch nie von einer weißen Frau ausgeübten Beruf erwählt: Sie ist Geisha in Yokohama geworden. Als sie um die Erlaubnis zur Erreichung dieses Berufes bei den Behörden einkam, erwiderte das Gericht so ungewöhnlich, daß die Bewerberin der Geisha gar keine Bedeutung schenken, weil sie es mit einer Geishin gleichsetzen zu tun zu haben glaubten. Das Gericht wurde aber in dringlicherer Form widerlegt, und da zur Abrechnung keine Veranlassung vorlag, wurde es bewilligt und die neue Geisha dann mit allen Formalitäten in eine der Geishahäuser von Yamotoba eingeführt. Der Geishaname der Engländerin wird Yena sein; sie kommt alle Abende dieser Wochentage, spielt vornehmlich die Samisen und spricht fließend japanisch.

Die Kneipe. Den geschäftlichen Scherz seiner Gattin hat ein Herrmann vor kurzem bewundern gelernt. Seine Frau kam zu Weihnachten, wie das so üblich, mit der Bitte um mehr Geld. Bitterkeit konnte er ihr bis auf weiteres ein Zwangsmittel nicht leisten. — „Aber das frage ich ja nie wieder“, protestierte der Gatte, „es ist nicht das erste Mal, daß ich dir Geld geliehen habe.“ — „Wetten wir um zwei Mark, daß ich dir's im Januar wiedergebe?“ — Der Gatte bewilligte, dies sofortige Angebot anzunehmen. Vor wenigen Tagen stand die Gattin tieferbetrübt vor ihrem Mann. — „Schau, ich habe die Wette verloren. Hier hast du deine zwei Mark!“

Aus dem Publikum. Der Zauberkünstler im Variété wendet sich an das Publikum: „Und jetzt, Herrschaften, möchte ich meinem neuen Experiment irgend ein Knabe aus dem Publikum zu mir heraufkommen.“ — Ein kleiner Junge wagte sich schwach hinan. — „Schön, kleiner Freund, nicht wahr, du hast nicht doch noch nie vorher gesehen?“ — „Nein, Papa“, sagt das Kind aus dem Publikum.

Das Kätzchen. Hr. Smp, der sein neues Auto selbst führt, hat auf der Landstraße eine Panne und arbeitet im Schweiße seines Angesichts an der Ausbesserung des Schadens. Ein Mann der vorüberkommt, fragt hilfsbereit: „Dart ich Ihnen zur Hilfe kommen, was ist das Kätzchen?“ — „Ach, bitte, beantworten Sie doch die Fragen meiner Frau, während ich die Maschine in Ordnung bringe.“

Märkte.

14. Gießen, 21. Jan. Der gestrige Viehmarsch zeigte einen etwas größeren Vorrat als der erste Januarmarkt. Es fanden zum Verkauf etwa 750 Stück Großvieh, sowie 400 Jungtiere und Kälber. Beim Vornmarkt wie beim Hauptmarkt war das Vieh sehr ruhig, bei etwas gedrückten Preisen in allen Viehkatteorien, außer in letzten Kindern, die gute Preise hielten. In frühmorgens und trockenden Röhren, sowie in letzten Röhren lebte es an Qualitätsware. Kälber waren nur zu billigen Preisen an den Mann zu bringen. Der Markt war außer von rheinischen Einkäufern, die letzte Röhre kauften, mehr von kleinen Provinzhandelsleuten besucht, die keine hohen Preise anlegten, und auch, weil sie keine Vollen konnten, die Preise nach oben nicht beeinflussen konnten. Die Verkäufer klagen, daß sie zu den letzten gelassenen Röhren nichts verdienen, sondern sogar zulegen, weil Vieh bei den Produzenten immer noch zu hoch bezahlt werden muß. Es wurden gehandelt das Stück: Milchvieh 1. Qualität nicht am Markt, 2. Qualität 450—525, 3. Qual. 340—420, junge Rinder und Stiere je nach Alter und Horn 160—230. Bezahlt wurde für den Jentner Schlachtwiecht: Rette Rinder 1. Qualität 91—94, 2. Qual. 89—91, letzte Röhre 1. Qual. nicht am Markt, 2. Qual. 74 bis 76, 3. Qualität 69—71; Kälber 1. Qualität 87—89, fettere Tiere wurden von Gießerer Mehlaren bis 94 Mk. angekauft, 2. Qualität 84—86. Der Kälbervorrat ging nach Frankfurt a. M. Nächster Markt 3. und 4. Februar d. J. — Die Preise, welche die Gießerer Mehlaren jetzt für Schlachtwiech anlegen müssen, stellen sich: Ochsen 91—97, Rinder 90—94, Röhre 74—77, geringere Ware zur Aufzucht 70—73, Bullen für den gleichen Zweck 84—85, Kälber schwere Tiere 90—96, leichtere Tiere 84—90, Schweine 48—69, Zonen 60—64 für den Jentner Schlachtwiecht.

FC. Wiesbaden, Viehhof-Marktbericht vom 21. Jan. Auftrieb: Rinder 76 Ochsen 22, Bullen 16, Röhre und Röhren 44, Kälber 197, Schafe 32, Schweine 417. Preise für 100 Pfd. Lebend- Schlacht- gewicht.

	Ochsen	Bullen
Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlacht- wertes im Alter von 4—7 Jahren	50—57	50—50
Junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete	49—53	57—55
Mäßig gediehene junge und gut ge- gediehene ältere	45—48	50—56
Bullen		
Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlacht- wertes	48—48	78—83
Vollfleischige, jüngere	42—45	70—76

Gießen, Röhre.

	höchsten	höchsten
Vollfleischige, ausgemästete Röhre	48—53	85—94
Schlachtwiecht bis zu 7 Jahren	39—43	70—77
Ältere, ausgemästete Röhre und wenig gut ent- wickelte jüngere Röhre	44—47	77—84
Mäßig gediehene Röhre und Röhren	34—38	65—69
Gering gediehene Röhre und Röhren	31—33	58—62

Kälber.

	höchsten	höchsten
Reinste Rastkälber	60—72	116—120
Mittlere Rast- und beste Saugkälber	61—65	102—108
Geringere Rast- und gute Saugkälber	58—58	90—98
Geringe Saugkälber	48—52	89—87

Schafe.

	höchsten	höchsten
Weidenmählschafe	43,90—44,00	90—92
Schweine		

Vollfleischige Schweine von 80—100 kg Lebend- gewicht 54 1/2—56 70—72

Vollfleischige Schweine unter 80 kg Lebendgewicht 54—56 1/2, 69—70

Vollfleischige Schweine von 100—120 kg Lebend- gewicht 56—57 1/2, 70—72

Vollfleischige Schweine von 120—150 kg Lebend- gewicht 54—56 68—69

Fettfleischige über 150 kg Lebendgewicht 49 1/2—51 62—64

Duisburg a. d. Ruhr, 21. Jan. Fruchtmarkt. Durch- schnittspreis pro Halter, Meter Weizen (Rosthafer) 15,70 Mk., weißer Weizen (angebauter Rosthafer) 16,20 Mk., Korn 11,50 Mk., Gerste (Rüster) 9,00 Mk., Branntwein 10,60 Mk., Hafer 7,75—8,00 Mk., Erbsen 9,00 Mk., Kartoffeln 2,10—2,00 Mk., Butter das Pfund 1,40—0,00, Eier das Stück 10 Pfg.

Wöchentl. Uebersicht der Todesfälle i. d. Stadt Gießen.

1. Woche, vom 1. bis 7. Januar 1914.

Einwohnerzahl: angenommen zu 32.400 (inkl. 1600 Mann Militär).

Stichtag: 1. Januar 1914.

noch Abzug von 1 Osterschneider: 12,82

Todesfälle:

Art	1. Lebensjahr	2.—15. Jahr	ab 16. Jahr
Verstorbene	1	1	—
Schlachtopfer	1	1	—
Verstorbene	1	1	—
Verstorbene	1 (1)	1 (1)	—
unbekannte Krankheit	1	—	1
Summe	5 (1)	4 (1)	1

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viele der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

Kirchliche Nachrichten.

Israelitische Religionsgemeinde.

Gottesdienst in der Synagoge (Süd-Anlage).

Samstag, den 24. Januar 1914:

Vorabend: 5.00 Uhr.

Morgen: 9.00 Uhr.

Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers.

Nachmittag: 3.30 Uhr.

Abendgottesdienst: 5.55 Uhr.

Israelitische Religionsgesellschaft.

Gottesdienst.

Sabbatfeier am 24. Januar 1914:

Freitagabend 4.30 Uhr.

Samstag vormittag 8.30 Uhr.

Feier des Geburtstages Sr. M. des deutschen Kaisers.

Vorabend.

Samstag nachmittag 3.30 Uhr.

Sabbat-Abendgottesdienst: 5.55 Uhr.

Wochengottesdienst: Morgen 7.00, abends 7.30.

Meteorologische Beobachtungen der Station Gießen.

Jan.	Barometer auf 0° reduziert	Temperatur der Luft	Absolute Feuchtigkeit	Relative Feuchtigkeit	Windrichtung	Windstärke	Wolkenhöhe in 1000 Fuß	Wetter
1914								
31. 2 ^h	746,8	-4,7	2,4	75	NW	2	10	
31. 9 ^h	749,5	-8,2	2,2	93	NW	10	1	
22. 7 ^h	750,4	-10,0	2,0	91	NNW	10	0	

Höchste Temperatur am 20. bis 21. Januar 1914 = -4,3° C

Niedrigste „ „ „ „ 20. „ 21. „ 1914 = -8,8° C

Niederschlag: 0,0 mm.



Die echte Scotts Emulsion

nachzumachen, wird vielfach versucht. Mit welchem Erfolg, zeigt ein Vergleich des Originals mit irgend einem der Ersatzpräparate. Schale und äußeres Gewand trifft man wohl, aber den Kern, das, worauf es ankommt, niemals. Dazu gehört eine Erfahrung von fast 40 Jahren, auf welche die Hersteller von



Scotts Emulsion

zurückzuführen, dazu gehört vor allem das nur ihnen bekannte Scottische Verfahren.

Somit auch hier vor Nachahmungen wird gewarnt!

Färberei Gebr. Röver

Chemisches Reinigen u. Färben von Damen-, Herren- u. Kindergarderobe, Vorhängen, Decken, Teppichen, Portieren, Fellen, Spitzen, Federn, Reihern, Kindermützen, Handschuhen etc.

Zirka 1000 Angestellte.

Gießen, Marktplatz 18

Frankfurt a. M.

chemische Waschanstalten

und Färberei Hugo Luckner (Inh. Gebr. Röver), Leipzig

Richtung und Organisation unserer Werke sind in der gesamten Fachwelt als musterbildend anerkannt.

